

denn amtlichen Geldgebern dementierte, dessen Anzeigen- und Informationsabteilung jedoch die gleiche Pariser Anschrift wie die „Association Française“ trug. Anders als beim autonomistischen Saarbund beschränkten sich Vogel und seine Mitsstreiter nicht auf die Beobachtung der Aktivitäten ihres Gegenparts, sondern kommentierten diese ausführlich im „Saar-Freund“<sup>398</sup>. Offensichtlich glaubte man in der Königgrätzerstraße, hierdurch der AFS keine unerwünschten Werbendienste zu leisten, da sich diese ohnehin primär an Franzosen und nicht so sehr an Saarländer richtete. Die Existenz der Pariser Association diente dem Bund als willkommener Vorwand, der rückläufigen Spendenfreudigkeit entgegenzuwirken. Nach Ansicht der Geschäftsstelle blase Frankreich – obwohl der Kampf um die Saar politisch verloren sei – mit der Gründung der AFS zur Entscheidungsschlacht um die Saar. Es sei die Pflicht des ganzen deutschen Volkes, sich geschlossen diesen neuen Vorstößen entgegenzustellen<sup>399</sup> – und wie konnte dies besser geschehen, als durch die Unterstützung einer jahrelang bewährten Abwehrorganisation wie des Bundes der Saarvereine?

Nachdem die AFS bereits die bilateralen deutsch-französischen Saarverhandlungen torpediert hatte<sup>400</sup>, warb sie im Vorfeld der Reparationskonferenz von Lausanne für die Beibehaltung des wirtschaftlichen Status quo<sup>401</sup>. Gleichzeitig wandte sich ihr neuer Präsident Maurice Ordinaire<sup>402</sup> in einem persönlichen Schreiben an Ministerpräsident Herriot mit der Forderung, das Plebiszit als Gegenleistung für Konzessionen in der Reparationsfrage zu verschieben. In der „heißen Phase“ des Abstimmungskampfes entfaltete die „Association Française de la Sarre“ ähnliche Aktivitäten bei der Erfassung, der Mobilisierung und dem Transport der Abstimmungsberechtigten aus Frankreich und seinen Kolonien wie der Bund der Saarvereine für die reichsdeutschen Wähler<sup>403</sup>.

### 3.3.3 Sabotieren der deutsch-französischen Verständigung

Die Feindbilder, die sich vor und insbesondere während des Weltkrieges verfestigt hatten, waren mit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen nicht beseitigt. Sie blieben virulent und prägten sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die Sicht auf den ehemaligen Kontrahenten. Während dem Deutschen Reich jede Möglichkeit genommen werden sollte, erneut die „Grande Nation“ militärisch zu bedrohen,

---

<sup>398</sup> Vgl. SF 9 (1928) 12, S. 183; SF 9 (1928) 13, S. 208–212; SF 10 (1929) 2, S. 19 ff.; SF 10 (1929) 12/13, S. 276 f.; SF 13 (1932) 12, S. 177–182; SF 14 (1933) 11, S. 167–170. Vgl. insbesondere die Berichte über die erste Jahresversammlung Anfang Dezember 1928 in Paris, in: SF 9 (1928) 24, S. 447 ff.; SF 10 (1929) 2, S. 29 f. Vgl. hierzu: Entschließung der Association (06.12.28), in: AN, F<sup>14</sup> 18.206; Brief des AA an das BayMA (20.12.28), in: BayHStA, MA 106.121.

<sup>399</sup> Vgl. Rundschreiben der GSV an die Einzelmitglieder (08.02.29), in: BA-R 8014/156.

<sup>400</sup> Vgl. hierzu das undatierte „Memorandum sur la question sarroise“, in: AN, F<sup>10</sup> 2069.

<sup>401</sup> Vgl. Rundschreiben der AFS (Juni 1932), in: MAE, PA-AP 212/3.

<sup>402</sup> Der Vizepräsident des französischen Senats war zugleich führender Kopf der „Union Républicaine“. Vgl. Bericht des Amtlichen Preußischen Pressedienstes (Januar 1934), in: BA-R 8036/7; SF 15 (1934) 2, S. 20.

<sup>403</sup> Siehe hierzu Teil II, Kap. 3.3.